

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der EU (Umwelt) am 18. Dezember 2023 in Brüssel

Am 18. Dezember 2023 fand die letzte formelle Ratstagung (Umwelt) unter spanischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Teresa Ribero Rodriguez, dritte Vizepräsidentin und Ministerin für den Ökologischen Übergang und demografische Herausforderung. Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission war durch Kommissar Wopke Hoekstra (Klimaschutz) und Kommissar Virginijus Sinkevičius (Umwelt, Meere und Fischerei) vertreten.

Die Tagesordnung sowie die Liste der nicht-legislativen A-Punkte wurden ohne Änderung angenommen.

Der Rat nahm nach intensiver Diskussion die Allgemeine Ausrichtung zur VO über Verpackungen und Verpackungsabfälle an.

Die Verpackungs-VO zielt darauf ab, legislative Maßnahmen zur Vermeidung, zur Einschränkung von unnötigen und zur Förderung von wiederverwendbaren und nachfüllbaren Verpackungslösungen festzulegen. Außerdem beinhaltet die neue VO das Ziel, dass alle Verpackungen auf dem EU-Markt bis 2030 wirtschaftlich recycelt werden können. In diesem Kontext will die VO auch hochwertige geschlossene Recyclingkreisläufe sowie gut funktionierende Sekundärrohstoffmärkte in der EU fördern und den Bedarf an Primärrohstoffen senken. Es werden Mehrwegquoten festgelegt. Bestimmte Mindestprozentsätze an in Verkehr gesetzten Mehrwegverpackungen müssen stufenweise erreicht werden. Für Transportverpackungen werden verschiedene Ziele festgelegt, für Wein und Kartonverpackungen sind Ausnahmen vorgesehen. Die EK möchte entsprechend ihrem Vorschlag hochwertige geschlossene Recyclingkreisläufe sowie gut funktionierende Sekundärrohstoffmärkte fördern und den Bedarf an Primärrohstoffen senken.

Italien konnte nicht zustimmen, Finnland hat eine Protokollerklärung angekündigt. AT stimmte der AA zu, obwohl es eine Richtlinie bevorzugt hätte.

Die Orientierungsaussprache zur RL zur Bodenüberwachung und -resilienz erfolgte entlang der Fragen des Vorsitzes zum Beitrag des Vorschlags zur Verbesserung der Bodengesundheit und zum risikobasierten Ansatz bei kontaminierten Standorten. Der EK Vorschlag folgt der Intention, die Böden – im Einklang mit dem Null-Schadstoff-Ziel der EU – bis 2050 in einen gesunden Zustand zu bringen, da derzeit 60% - 70% der Böden keinen gesunden Zustand aufweisen. Die Kosten der Bodenverschlechterung werden auf über 50 Milliarden € jährlich geschätzt. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützte die übergeordneten Ziele des Vorschlags, betonte aber die Notwendigkeit, bereits gut funktionierende Bodenschutzsysteme und -maßnahmen auch weiterhin nutzen zu können. MS sprachen sich für mehr Flexibilität aus und verwiesen auf weiteren Klärungsbedarf im Hinblick auf Bodenbezirke, Bodendeskriptoren, Bodengesundheitskriterien und Untersuchungsmethoden. Bei den kontaminierten Standorten wurde eine schrittweise, abgestufte Vorgangsweise befürwortet. Österreich betonte, dass zwischen historischen und in Betrieb befindlichen Standorten unterschieden werden müsse. Der Rat strebt eine AA im Juni 2024 an.

Die Orientierungsaussprache zur VO über einen Überwachungsrahmen für widerstandsfähige europäische Wälder erfolgte ebenfalls auf Basis von Fragen des Vorsitzes. Ein Großteil der MS begrüßte die Vorlage des EK-Vorschlags, da ein guter Überblick über die Waldressourcen auf EU-Ebene auch zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Umsetzung des Green Deals wichtig ist. Mit dem vorliegenden Vorschlag sollen Informationslücken geschlossen werden, damit MS, aber auch Waldbesitzer:innen und Waldbewirtschafter:innen besser auf den zunehmenden Druck auf die europäischen Wälder reagieren können. Mit einem verbesserten Monitoring sollen die Widerstandsfähigkeit der Wälder gegen verschärfte, grenzüberschreitende Gefahren durch Schädlinge, Dürren und Brände gestärkt und der Weg für neue Geschäftsmodelle geebnet werden. Bestehende Systeme sollen aufrechterhalten bleiben.

Wie üblich informierten der Vorsitz und die EK auch über die wichtigsten internationalen Konferenzen im Umwelt- und Klimabereich. Im Rahmen der 28. Vertragsstaatenkonferenz des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen, welche von 28.11.2023 bis 12.12.2023 in Dubai, AE, stattfand, wurden in der Schlussentscheidung fossile Brennstoffe mit einem Ausstiegsszenario adressiert. Konkrete Zielvorgaben zur Verdreifachung erneuerbarer Energie und einer Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030 wurden

ebenfalls vereinbart, sodass die Konferenz als Erfolg zu bezeichnen ist. EK betonte die exzellente EU-interne Zusammenarbeit.

VS berichtete über die 5. Internationale Konferenz zum Chemikalien-Management, die von 25.-30.9.2023 in Bonn stattfand. Bei der Konferenz wurde ein umfassendes globales Rahmenwerk beschlossen, das unter anderem die Einrichtung eines zeitlich begrenzten Fonds vorsieht.

Bei der 5. Konferenz der Vertragsparteien zur Minamata-Konvention über Quecksilber wurden beträchtliche Fortschritte erzielt, zB beim „Phase-down“ von Quecksilber in Zahnamalgam.

Die 3. Tagung des zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses zur Entwicklung eines rechtsverbindlichen Instruments zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Kunststoffe fand von 13. bis 19.11.2023 in Nairobi statt. Ziel ist eine Begrenzung der Verschmutzung durch Kunststoffe, deren Einsatz sich prognostiziert bis 2060 verdreifachen wird.

Belgien präsentierte sein Arbeitsprogramm für den Vorsitz im 1. Halbjahr 2024. Die Schwerpunkte im Klima- und Umweltbereich sind dabei Adaptierung und Resilienz, Gerechter Übergang sowie Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz. Im Rahmen des informellen Rates soll eine Diskussion zum Thema „Just Transition“ angestoßen werden. Belgien wird versuchen, möglichst viele Legislativdossiers vor den Wahlen zum EP im Juni 2024 abzuschließen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Februar 2024

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin